

Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 1544/69, Nr. 2780/78 und Nr. 3060/78 über die zolltarifliche Behandlung von Waren, die im persönlichen Gepäck der Reisenden eingeführt oder in Kleinsendungen an Privatpersonen versandt werden

Die Vorlage, die Gegenstand der Befassung war, ist im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* noch nicht veröffentlicht worden.

A. RECHTSGRUNDLAGE DER STELLUNGNAHME

Am 15. Januar 1981 beschloß der Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuß aufgrund von Artikel 198 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um Abgabe einer Stellungnahme zu dem vorgenannten Vorschlag zu ersuchen.

B. STELLUNGNAHME DES WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSSES

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß hat seine Stellungnahme zu dem vorgenannten Thema auf seiner 185. Plenartagung am 25./26. Februar 1981 in Brüssel verabschiedet.

Die Stellungnahme hat folgenden Wortlaut:

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 198,

gestützt auf das Ersuchen des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Januar 1981 um Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 1544/69, Nr. 2780/78 und Nr. 3060/78 über die zolltarifliche Behandlung von Waren, die im persönlichen Gepäck der Reisenden eingeführt oder in Kleinsendungen an Privatpersonen versandt werden,

gestützt auf den Beschluß seines Präsidenten vom 2. Februar 1981, die Fachgruppe Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen mit der Ausarbeitung einer Stellungnahme und eines Berichtes zu diesem Thema zu betrauen,

gestützt auf die Stellungnahme, die die vorgenannte Fachgruppe in ihrer Sitzung am 4. Februar 1981 annahm,

gestützt auf den von Herrn Marvier, Berichterstatter, vorgetragenen Bericht,

gestützt auf die Beratungen anläßlich seiner 185. Ple-

nartagung am 25./26. Februar 1981 (Sitzung vom 25. Februar) —

**VERABSCHIEDETE
FOLGENDE STELLUNGNAHME**

einstimmig:

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß billigt den Vorschlag für eine Verordnung des Rates betreffend die Erhöhung der in den Verordnungen (EWG) Nr. 1544/69, Nr. 2780/78 und Nr. 3060/78 in ERE ausgedrückten Beträge.

Er weist jedoch darauf hin, daß der vorgeschlagene Termin für das Inkrafttreten der Verordnung nicht eingehalten werden kann. Daher äußert er den Wunsch, daß die Verordnung von den Mitgliedstaaten so bald wie möglich zur Anwendung gebracht wird.

Im übrigen ruft der Ausschuß die in seiner Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 950/68 über den Gemeinsamen Zolltarif enthaltenen Bemerkungen in bezug auf die einführenden Vorschriften zum Gemeinsamen Zolltarif (ABl. Nr. C 105 vom 26. April 1979) in Erinnerung, die nach wie vor Gültigkeit haben.

Geschehen zu Brüssel am 25. Februar 1981.

*Der Präsident
des Wirtschafts- und Sozialausschusses*
Tomas ROSEINGRAVE